

PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2004-2005

Nr. 18

Ausführlicher Bericht

6. Juni 2005

**DEKRETENTWURF ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2005 -
DOKUMENT 36 (2004-2005) NR. 5**

UND

**DEKRETVORSCHLAG ZUR FESTLEGUNG DES STUNDEN- UND STELLENKAPITALS
IM UNTERRICHTSWESEN - DOKUMENT 31 (2004-2005) NR. 2.**

DISKUSSION UND ABSTIMMUNG

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Das war nun wirklich eine sehr interessante Debatte, in der vieles zum Vorschein gekommen ist. Wir haben gesehen, wer wohl den Mut haben würde, diesen Maßnahmen zuzustimmen, und wir haben gesehen, wer diesen Mut nicht aufbringen wird.

Es wurde zu Recht festgestellt, dass es für den Unmut im Zusammenhang mit den jetzt vorgeschlagenen Maßnahmen sehr viel mehr Gründe gibt als die Maßnahmen selbst. Kollege Niessen sprach von einer Spitze des Eisbergs. Ich würde es nicht so nennen. Aber er hat inhaltlich sicherlich Recht, wenn er sagt, dass der Schuh irgendwo anders drückt, als bei den im Sammeldekret enthaltenen Maßnahmen.

Der Unmut der Lehrer hat viel damit zu tun, dass für sie der Stress in den letzten Jahren zugenommen hat. Das hat wiederum damit zu tun, dass sich die Schülerbevölkerung ganz entscheidend verändert hat und dass die Rahmenbedingungen nicht unbedingt besser geworden sind. Ich habe großes Verständnis für all jene, die mir sagen, dass sie nach dem Stressalltag, den sie während vieler Jahre haben durchleben müssen, ausgebrannt sind. Wenn diese Menschen mir auch noch als Ursachen dafür nennen, dies liege an den Veränderungen in der Gesellschaft, an Rahmenbedingungen, die nicht ideal sind, womöglich auch daran, dass die Lehrer nicht genügend Möglichkeiten flexibler Laufbahngestaltung haben und dass man ihnen nicht genug Perspektiven anbietet, dann habe ich als Unterrichtsminister und wir als Regierung eine Verantwortung, nämlich diejenige, diese Probleme zu lösen, d.h. die Ursachen der durch Burn-out-Syndrome und Krankheit bedingten Probleme zu bekämpfen.

Vorruhestandsregelungen können das nicht. Vorruhestandsregelungen befinden sich am Ende dieser Diskussion. Wenn Vorruhestandsregelungen dieses Problem lösen könnten, dann müssten wir die Lehrer womöglich nicht erst mit 55 Jahren in den Vorruhestand schicken, sondern vielleicht schon mit 52 oder 50. Denn wenn Sie die Leute einmal fragen, werden Sie feststellen, dass das Problem auch schon bei dieser Altersgruppe vorhanden ist. Nun können wir aber nicht die Vorruhestandsregelung permanent nach unten anpassen. Das weiß wohl in diesem Hause jeder. Folglich müssen wir die Verantwortung und die Ursachenbekämpfung in den Blickpunkt unserer Maßnahmen rücken.

Kollege Niessen sprach von einem Konzept, das er in Form einer Resolution in diesem Hause einbringen möchte. Er versuchte, mir dabei zu widersprechen, als ich die sinnvollen Maßnahmen des

Sammeldekrets in den Zusammenhang mit der PISA-Studie rückte. Kollege Niessen, suchen Sie keinen Dissens, wo es keinen gibt. In Wirklichkeit sind wir beide uns sehr einig. Ob man das nun an PISA-Ergebnissen festmacht oder an anderen OECD-Studien, oder ob man es ganz einfach deshalb weiß, weil man zuhört, weil man die Schulen besucht, weil man schaut, wo der Schuh drückt - die Schlussfolgerung ist dieselbe: Wir brauchen ein strategisches Konzept zusätzlich zu den Maßnahmen, die wir uns in der Regierungserklärung vorgenommen haben, um wirklich eine Bildungsoffensive in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu starten und auch einige strukturelle Veränderungen vorzunehmen.

Das, was Sie, Kollege Niessen, in der Presse dazu gesagt haben - das sage ich Ihnen ganz offen -, hat mir gefallen. Ich habe Ihrem Herrn Fraktionssekretär das sogar schriftlich gegeben, unmittelbar nachdem ich in der Presse von Ihrem Statement erfahren hatte. Diese Maßnahmen, die Sie dort vorschlagen, sind sicherlich welche, die auch in einem Thesenpapier des Unterrichtsministers der Mehrheit eine Daseinsberechtigung haben.

Das, was Sie angesprochen haben - ich nehme als Beispiele die Aufwertung von Grundschulen, die Definition von Kriterien für Integrationsprojekte, die denkbare Schaffung des Amtes „Integrationslehrer“, die Rolle der Schulleiter, die wichtige Frage der Aus- und Weiterbildung für Lehrkräfte, die Anerkennung des Lehrers in der Gesellschaft -, sind wichtige Punkte, die auch für mich als Unterrichtsminister in meinem Thesenpapier eine Rolle spielen werden. Aber es ist natürlich nur ein Teil des Gesamten, aber ein Teil, den ich gerne zu berücksichtigen bereit bin. Im Übrigen habe ich viele dieser Vorschläge auch schon selbst auf den verschiedenen Informationsveranstaltungen vorgetragen. Ich denke also, wir sollten uns nicht streiten, sondern zusammenarbeiten.

Was ich nicht verstanden habe, Kollege Niessen, ist, weshalb Sie diesem Dekret nicht zustimmen. Das sage ich ganz offen, denn Sie wissen, dass für dieses strategische Konzept und diesen Aktionsplan Geld gebraucht wird. Gerade Sie wissen, dass wir dieses Geld nicht aus anderen Zuständigkeitsbereichen streichen können. Im Gesundheitswesen ist kein Platz für fundamentale Streichungen zu Gunsten des Unterrichtswesens. Im Kulturhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft befinden sich zwischen 800.000 EUR und 1 Million EUR. Im Medienhaushalt sind es auch so ungefähr 800.000 EUR. Im Sporthaushalt sind es 700.000 EUR. Selbst wenn wir all dies streichen würden, würden wir den Herausforderungen der Zukunft im Bildungswesen nicht gerecht werden können. Es bleibt also nur eine Schlussfolgerung: Wir müssen jetzt und möglichst schnell Umschichtungen im Bildungshaushalt vornehmen. Sie wissen, dass, wenn wir das Konzept, von dem auch Sie zu Recht sprechen, verwirklichen wollen, diese Umschichtungen dringend notwendig sind und dass es zu dem jetzt Vorgeschlagenen eigentlich keine Alternativen gibt.

Wenn wir nicht über die Vorruhestandsregelung, den Ernennungsstopp und die Stundenspanne umschichten, dann bleibt uns ja nur mehr eine Piste übrig, von der wir nie wollen, dass sie jemals beschritten wird, nämlich das Runterfahren der Stundenkapitalregelung - weniger Lehrer für die gleiche Anzahl Schüler- oder aber das Infragestellen der Gehaltsmasse. All das wollen wir ja nicht tun. Das können wir auch nicht tun. Das widerspricht dem, was wir vorhaben. Also bleibt uns im gehaltsrelevanten Bereich des Unterrichtshaushalts - das sind über 80% aller Unterrichtsmittel - keine andere Wahl als jene, die wir im Sammeldekret vorschlagen.

Ich glaube, dass Herr Palm Recht hat, wenn er der CSP eine nicht mehr versteckte, sondern wirklich offenkundige Widersprüchlichkeit in der Argumentation vorwirft. In einem Pressecommuniqué der Christlich-Sozialen heißt es doch tatsächlich, der von der Regierung und der Mehrheit unterstützte Dekretentwurf „fördere die bekannten Vorurteile“. Herr Palm hat es eben schon angesprochen. „Lehrer haben zu viel Urlaub und können schon mit 55 Jahren in den Ruhestand gehen“, stellt die CSP fest. Sie sagt aber: „Die CSP wehrt sich gegen diesen Trend.“ Ja, wenn Sie sich gegen diesen Trend wehren, dann stimmen Sie unserem Dekret zu! Dann wird nämlich dieses Vorurteil keinen Grund, keine Ursache und keinen Gegenstand mehr haben, weil die Möglichkeit, mit 55 Jahren in den Vorruhestand zu gehen, ganz einfach nicht mehr besteht.

Statt dessen schlagen Sie, Kollegen der CSP, das Gegenteil vor. Sie schlagen in ihrem Abänderungsvorschlag vor, den Vorruhestand ab dem Alter von 55 Jahren beizubehalten. Sie wehren sich also gegen das Prinzip, die Vorruhestandsregelung erst ab dem Alter von 58 Jahren anzuwenden. Ich denke, die Öffentlichkeit sollte wissen, dass Sie sich nicht getraut haben, dieses Prinzip, von dem Sie wissen, dass es auf Dauer nicht finanzierbar ist, in Frage zu stellen. Stattdessen geben Sie sich damit zufrieden, das Vorruhestandsgeloh nach unten zu fahren. Das ist schon richtig. Das muss ich auch Kollege Palm sagen. Sie haben mit Ihrem Vorschlag „50%“ schon das Wartegeloh um ungefähr 8% im Vergleich zur jetzigen Situation gekürzt - aber nicht im Vergleich zum Dekretentwurf. Insofern hatte auch Herr Palm Recht. Damals ist man von 40% auf 50% gegangen. Aber wie dem auch sei, festzustellen bleibt, dass Sie mit Ihrem Vorschlag so gut wie überhaupt keinen Umschichtungseffekt erzielen werden.

Was würde es also bringen, den Lehrern, die eine Vorruhestandsregelung in Anspruch nehmen, zu sagen, dass sie weniger Geld bekommen, wenn wir auf der anderen Seite mit diesem Geld überhaupt nichts finanzieren können, weil nämlich dabei überhaupt kein Geld frei gemacht wird? Das kann natürlich nicht mit Umschichtung gemeint sein. Es ist auch dem Lehrer gegenüber nicht zu vertreten, dass er auf Geld verzichten muss, ohne auf der anderen Seite irgendeine realistische Perspektive angeboten zu bekommen. Da hat Kollege Niessen völlig Recht gehabt.

Wir müssen natürlich, wenn wir eine Veränderung vornehmen, erklären, warum wir diese Veränderung vornehmen und in welche Richtung wir uns bewegen. Genau das mache ich schon seit vielen Monaten: erklären, wo das Geld vorrangig ausgegeben werden soll und in welche Richtung wir arbeiten müssen. Ich werde darauf verzichten, alle Maßnahmen der Regierungserklärung hier noch mal vorzutragen. Aber sicherlich werden wir uns bei der Erarbeitung eines strategischen Konzepts auch in Ihrem Sinne sehr einig - so habe ich jedenfalls den Eindruck - darüber werden, wo die richtigen Prioritäten zu setzen sind und wo wir dieses Geld dann folglich auch einsetzen müssen.

Der Abänderungsvorschlag der CSP, von dem sie in der Öffentlichkeit doch tatsächlich behauptet hat - und da sind wir wieder bei den Widersprüchen -, er würde eine Ungerechtigkeit gegenüber Gemeinschaftspersonalmitgliedern und Personalmitgliedern des Gemeinschaftsunterrichtswesens aus dem Wege räumen, ist - ich sage das ganz offen - lächerlich. Sie schlagen in Ihrem Abänderungsvorschlag vor, die Zulassung zum Praktikum auch weiter zu erlauben. Wir dürfen also nach Ihrem Vorschlag weiterhin Zulassungen für ein Praktikum vergeben. Sie wissen, wenn es eine Ungerechtigkeit in diesem System gibt - davon gibt es eine Reihe, deswegen ja auch die Dienstrechtsreform -, dann ist es sicherlich die fundamentale Ungerechtigkeit der Existenz dieses Praktikums. Was schlagen Sie nun vor? Sie schlagen vor, wir sollten auch weiterhin zu diesem Praktikum zulassen, statt mir zu glauben und mir und der Mehrheit zu folgen, die Ihnen versprochen hat - übrigens nicht nur Ihnen, sondern der gesamten Öffentlichkeit -, dass sie das Praktikum abschafft. Somit wird man die Ungerechtigkeit ... (*Zwischenrufe*) ... Ja, aber selbstverständlich!

FRAU THIEMANN (*aus dem Saal*).- Dann hätten Sie es ja abschaffen können!
(*Zwischenrufe*)

HERR PAASCH, Minister.- Das ist im Rahmen eines Sammeldekrets völlig unmöglich, es sei denn, man würde die Rechte betroffener Personen in Frage stellen. Aber Sie können doch nicht ernsthaft ...
(*Zwischenruf von Frau Thiemann*)

HERR CHAINEUX (*aus dem Saal*).- Weshalb wird es denn speziell im Dekret vermerkt? Dann hätten Sie es doch streichen können!

HERR PAASCH, Minister.- Es ist wirklich so lächerlich, dass ich gleich zu lachen anfange! ... Sie werden doch wohl hoffentlich einsehen, dass jemand, der das Praktikum - Ursache der Ungerechtigkeit - abschaffen will, in den nächsten zwei Jahren nicht zum Praktikum zulassen wird.

Das ist doch völlig widersprüchlich: auf der einen Seite zulassen und auf der anderen Seite abschaffen. Darin ist keine Logik, und vor allem erzielen Sie damit nicht den geringsten Gerechtigkeitseffekt.

Den Gerechtigkeitseffekt, meine Damen und Herren, erzielen wir, indem wir im nächsten Sammeldekret - vorher geht es nicht, denn dafür bräuchte man sonst Übergangslösungen - das Praktikum abschaffen. Wir werden ja beim nächsten Sammeldekret sehen, ob ich mein Versprechen wahr gemacht habe oder nicht. Ich lasse mich gerne daran messen. Ich kann mir keine einfachere Messlatte vorstellen. Aber gut, wenn Sie wollen, dass ich mich daran messen lasse, dann werden wir das beim nächsten Sammeldekret sehen. Ihr Vorschlag jedenfalls hätte überhaupt nichts gebracht und hätte eigentlich sogar - davon müssen Sie ausgehen, wenn Sie zum Praktikum zulassen - das Praktikum fortbestehen lassen, denn sonst würden Sie ja nicht dazu zulassen. Sie gehen also in Ihrer Logik davon aus, dass das Praktikum bestehen bleibt. Wenn Sie in dieser Logik mit Ihrem Vorschlag fortfahren würden, dann betonieren Sie Ungerechtigkeiten dem Personal des Gemeinschaftsunterrichtswesens gegenüber.

Die Mehrheit wird diesem Vorschlag also nicht zustimmen können, weil das, objektiv betrachtet, ein falscher Schritt in die sehr falsche Richtung wäre. Widersprüche werden nicht nur in Ihren Aussagen erkennbar. Wir haben schon vernommen, dass Sie es jedem Recht machen wollen und dass Sie sich dabei auch ganz bewusst in bestimmte Widersprüche hineinbegeben. Aber das ist nicht nur mündlich bei Ihnen geschehen. Das haben wir auch an Ihrem Abstimmungsverhalten gemerkt. Ich möchte nur eines von vielen denkbaren Beispielen nennen. Da sagen Sie doch tatsächlich auf der einen Seite, Sie wüssten noch nicht, Sie könnten sich nicht entscheiden, Sie würden sich bei der Frage, ob nun die Versetzungsentscheidungen am ersten Schultag des Monats September getroffen sein müssen oder nicht, der Stimme enthalten. Ich weiß nicht, warum Sie sich nicht entscheiden wollen oder können. Wahrscheinlich brauchen Sie zusätzliche Bedenkzeit. Das kann ja alles sein. Fest steht jedenfalls, dass Sie es nicht ausschließen, dass wir voraussetzen, dass jeder Schüler am 1. September oder am ersten Schultag des Monats September seine Versetzungsentscheidung kennt. Das schließen Sie nicht aus. Das ist also denkbar.

Auf der anderen Seite stimmen Sie gegen unseren Vorschlag, dass die Nachprüfungen im August stattfinden können. Wie können Sie denn auf der einen Seite nicht ausschließen, dass Sie dafür sind, die Versetzungsentscheidungen womöglich am 1. September bekannt zu geben, und auf der anderen Seite es dem Lehrpersonal und dem Schulträger nicht ermöglichen, auf das Lehrpersonal zurückzugreifen, um die Nachprüfungen im August stattfinden zu lassen? Wie können Sie am 1. September eine Entscheidung über eine Versetzung haben, wenn Sie die Nachprüfungen nicht zumindest am Tag vorher begonnen haben? Das alles sind Widersprüche, die man nicht nur in Ihren Worten, sondern auch in Ihren Taten - wie Sie von der CSP so gerne sagen - erkennt. Das ist aber typisch, denn das ist ein typisches Beispiel dafür, dass man es jedem Recht machen will. All jenen, die die Versetzungsentscheidung gerne am 1. September kennen würden, weil das objektiv Sinn macht, aber gleichzeitig womöglich auch all jenen, die am letzten Schultag des Monats August nicht zur Verfügung stehen möchten, wollen sie es Recht machen. Sie sind also nicht in der Lage, irgendeine Entscheidung zu treffen und Verantwortung zu übernehmen.

Ich habe eben versucht, Ihnen ausführlich zu erklären, inwieweit dieses Maßnahmendekret auch eine Antwort auf die PISA-Studie enthält. Sie haben mich in den letzten Wochen mehrfach aufgefordert, Konzepte vorzulegen. Ich habe Ihnen geantwortet, dass wir schrittweise vorgehen müssen. Wir haben erste Maßnahmen in petto, die wir auch ganz konkret durchführen. Dem sind noch die gesamte Regierungserklärung und das angekündigte, versprochene und sich in Bearbeitung befindliche strategische Konzept hinzuzufügen. Sie sehen, wir haben schon einiges von dem umgesetzt. Vor allem schaffen wir einige Voraussetzungen, um noch mehr tun zu können.

Dem gegenüber steht Ihr Konzept, das ich aus der Zeitung entnehme. Das ist ein weiteres Beispiel für das, was ich eben schon bei Ihnen festzustellen glaubte. Sie stellen die Bildung auf den Prüfstand und veranstalten einen sicherlich interessanten bildungspolitischen Themenabend über die PISA-Studie.

Dann schlussfolgern Sie aus Ihren Erkenntnissen, indem Sie sagen: „In ihrer gemeinsamen Stellungnahme hielten die CSP-Parlamentarier fest, dass sie die einmütige Forderung nach mehr Disziplin im Schulalltag genauso als zentralen Teil ihres politischen Auftrags sehen, wie die Unterstützung des Lehrkörpers hinsichtlich einer konsequenten Erziehung zum Wohle unserer Kinder.“ Sie hätten auch noch „zum Wohle der gesamten Welt“ hinzufügen können. Das ist also die Alternative der CSP zu dem, was wir hier eben vorgetragen haben und was wir - auch gegen Ihre Ablehnung - zu beschließen gedenken.

Ich würde so weit gehen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSP, zu sagen, dass diese in Worthülsen verpackten Allgemeinplätze, wie Sie sie hier als Konzept vortragen, nicht nur dem Ansehen des Lehrerberufs nichts bringen, sondern eigentlich auch dem Ansehen des Politikers schaden, denn das ist genau das, was man von Politikern nicht erwarten darf: leere Worthülsen, die ganz einfach so vorgetragen werden, die nichts aussagen, die ohne jeglichen konkreten Anhaltspunkt vorgetragen werden und auch noch damit Werbung machen, Ungerechtigkeiten aus der Welt schaffen zu wollen und irgendwelche Bildungsqualitätssteigerungen anzustreben. Das ist nicht seriös, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSP!

Genauso wenig seriös ist Ihr Dekretvorschlag zum Stundenkapital. Er ist deshalb nicht seriös, weil Sie genau wie wir wissen, dass er nicht zu finanzieren ist. Sie machen einen Vorschlag und sagen nicht, wie wir ihn finanzieren sollen. Wir haben anlässlich der Haushaltsdebatte vor einigen Monaten hier erlebt, dass Ihr finanzpolitisches Konzept, das Sie damals vorgetragen haben, uns - das sage ich ohne jegliche Einschränkung - in den finanzpolitischen Ruin führen würde. Das habe ich Ihnen anhand von Zahlen bewiesen und vorgerechnet. Jetzt setzen Sie noch eins drauf und hinterlegen diesen Dekretvorschlag zum Stundenkapital mit den bekannten Ausgaben, ohne irgendeinen auch nur halbwegs realistischen Vorschlag zu dessen Finanzierung zu machen. Das ist keine seriöse Politik. Wenn wir dem zustimmen, dann haben wir morgen ein dickes Finanzproblem, viel dicker, als Sie sich das überhaupt vorstellen können. Das können wir dem Bildungswesen nun wirklich nicht antun, ein Dekret zu beschließen, von dem wir wissen, dass es morgen auch im Unterrichtshaushalt zu drastischen finanziellen Schwierigkeiten führen würde. Deshalb müssen wir eine solche Vorlage natürlich ablehnen.

Ich weiß aber, dass in bestimmten Schulen des Sekundarschulwesens immer noch ein Problem besteht. Ich weiß auch - das habe ich im Ausschuss ausführlich erläutert -, dass dies mit dem Einfrieren von Stundenkapital zu tun hat. Deshalb habe ich auch die Absicht, darauf noch einmal zurückzukommen, wenn es finanzierbar ist. Aber gleichzeitig habe ich auch den Anspruch, den Kollege Palm eben vorgetragen hat, nämlich dass es nicht genügt, das Stundenkapital einfach so auftauen zu lassen; viel mehr möchte ich eine gerechtere Verteilung des Stundenkapitals ermöglichen. Im Übrigen wissen Sie: Wir haben das Einfrieren des Stundenkapitals im Grundschulwesen beendet. Nach der gleich erfolgenden Abstimmung wird auch das Einfrieren des Stundenkapitals im Sonderschulwesen beendet sein. Übrig bleibt noch das Sekundarschulwesen.

Das ist keine einfache Situation, aber wir sind nicht so weit gegangen, das Stundenkapital in irgendeiner Form zu kürzen. Sie werden sagen, dass das keine Errungenschaft ist. Aber das hat es unter der Verantwortung von CSP-Unterrichtsminister Schröder schon einmal gegeben. Da wurde nicht nur eingefroren, sondern da wurden einmal 500 Stunden im Grundschulwesen und 500 Stunden im Sekundarschulwesen, also insgesamt 1.000 Stunden, gekürzt. Das tun wir natürlich nicht. Wir streben vielmehr mittelfristig eine Verbesserung der Situation an und sind in der Zwischenzeit bereit, über BVA-Kräfte - übrigens wie im letzten Jahr - dort zu helfen, wo die Brennpunkte am größten sind.

Der Mehrheit wurde vorgeworfen - mir kann man das ja nicht vorwerfen -, diesen Abänderungsvorschlag über die Versetzungsentscheidungen Anfang September und die Nachprüfungen Ende August nicht konzertiert zu haben. Ich brauche darauf nicht näher einzugehen. Es ist ein Mehrheitsvorschlag gewesen und wie Sie wissen, muss das Parlament nicht konzertieren. Kollege P. Meyer meint, der Sozialfriede sei in Gefahr und man habe den Sozialdialog nicht

respektiert. Darauf kann ich erwidern, dass der Sozialdialog uns ein wichtiges Anliegen ist, dass er aber klaren Regeln unterliegt. Ich habe mich über meine Vorschläge während mehr als 16 Stunden - also weit mehr als notwendig - mit den Gewerkschaften konzertiert. Das Parlament hingegen hat nicht umsonst absolut das Recht, nicht konzertieren zu müssen, denn es ist souverän, es ist der Vertreter des Volkes und darf entsprechende Beschlüsse treffen. Das sind die Regeln eines Sozialdialogs.

Wir werden natürlich in Zukunft weiter den für uns wichtigen Sozialdialog pflegen. Das wissen die Gewerkschaften auch. Schließlich habe ich deren Vertreter auch nach dem ganzen Ärger über das Sammeldekret noch mehrfach getroffen. Wir haben über andere Dinge konzertiert, und vor allem haben sich alle Gewerkschaften zusammen mit mir und dem Kabinett über einen Tag lang darüber unterhalten, wie wir im Interesse des Unterrichtswesens und auch im Interesse der Personalmitglieder die Dienstrechtsreform gestalten müssen. Ich habe bei diesem Treffen sehr viele Vorschläge der Gewerkschaften entgegennehmen müssen, habe selbst viele eingebracht, und ich bin sicher, in vielen Punkten, wenn auch nicht in allen, werden wir uns einig werden. Insofern war mir der Sozialdialog nicht nur wichtig, sondern er war auch äußerst bedeutend für das, was wir demnächst mit der Dienstrechtsreform verbessern wollen. Da werden natürlich auch die Gewerkschaften ein Mitspracherecht bei uns erhalten.

Kollege Dr. J. Meyer hingegen forderte in seiner Stellungnahme mehr Lehrer. Es gibt mehr Lehrer, als es sie noch vor einiger Zeit gegeben hat. Ich erinnere an die Situation unter Unterrichtsminister Schröder. Wir haben heute sehr viel mehr Grundschullehrer pro Kind, als das in der Vergangenheit der Fall war. Im Sekundarschulwesen haben wir natürlich noch einen Nachholbedarf. Aber Sie sehen ja, Kollege Dr. J. Meyer, dass wir Anstrengungen in diese Richtung unternehmen.

Was Sie mit dem Französischunterricht meinten, der in den Primarschulen fehlen würde, habe ich nicht verstanden. Das können Sie vielleicht nachreichen. Es gibt nachweislich Französischunterricht in unseren Grundschulen. Es gibt auch zwischen 50 und 200 Stunden an Aktivitäten in französischer Sprache im Kindergarten. Es gibt sogar die Möglichkeit, bestimmte Fächer, wie z. B. Sport, in den Primarschulen auf Französisch zu unterrichten. Ich weiß nicht, was Sie mir vorwerfen wollten.

Aber in einem Punkt haben Sie sicherlich Unrecht: Wenn Sie mehr Lehrer fordern - übrigens sollte man das so undifferenziert nicht tun, sondern auch schauen, wo diese Lehrer denn eingesetzt werden sollen -, dann haben Sie sicherlich nicht den Haushalt gelesen, denn woher anders als aus dem sozialen Bereich könnte das Geld kommen, das wir dafür brauchen. Aber den Sozialbereich wollen Sie doch auf keinen Fall kürzen. Ich sage es Ihnen noch einmal: Im Kulturhaushalt, im Medienhaushalt, im Sporthaushalt, im Tourismushaushalt und im Volks- und Erwachsenenbildungshaushalt werden Sie diese Mittel nicht finden, und schon gar nicht, wenn Sie die Regierung abschaffen. Das würde bei weitem nicht reichen. Das ist noch nicht mal ein Indexsprung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin vor allem Kollege Strougmayer heute dankbar. Ich sage das ganz ehrlich, denn Kollege Strougmayer ist berufsbedingt vor Ort natürlich auch in permanentem Kontakt mit Menschen, die mit dem, was wir heute beschließen, nicht unbedingt zufrieden sind. Ihm gebührt jedenfalls meine besondere Anerkennung für den Mut, den er hier beweist und den er auch täglich vor Ort im Umgang mit seinen bekanntlich zum Teil unzufriedenen Kollegen unter Beweis gestellt hat. Es ist sicher nicht einfach für ihn, diesem Dekretentwurf zuzustimmen. Es freut mich aber, dass er die Argumente für eine Gesamtverantwortung akzeptiert und seine Entscheidung entsprechend getroffen hat. Das nenne ich Mut zur Verantwortung.

Meine Damen und Herren! Wir haben den Unmut angesichts von Streiks und Demonstrationen im Unterrichtswesen zur Kenntnis genommen. Kollege Niessen, Sie werden mir niemals vorwerfen können - jedenfalls nicht redlich -, dass ich mich mit den Menschen dort nicht unterhalten hätte. Ich habe 16 Stunden lang mit den Gewerkschaften verhandelt, vier Stunden mit Hunderten von Lehrern vor dem Regierungsgebäude in der Klötzerbahn im Schnee gestanden und ich habe hier vor dem

Parlamentsgebäude mit den betroffenen Menschen und den Delegierten der Gewerkschaften gesprochen.

Ich habe zwei Informationsveranstaltungen für alle zugänglich gemacht, nicht nur für Lehrer und Gewerkschaftler, sondern auch für Eltern und Kinder, und zwar eine in Eupen und eine im Süden unserer Gemeinschaft. Wir haben Briefe an jede einzelne Lehrperson verschickt, was übrigens ein großer logistischer Aufwand ist. Darüber hinaus habe ich in diesem Jahr eine Fülle von Schulbesuchen durchgeführt und mit Lehrerkollegien gesprochen, nicht nur über das Sammeldekret - das wäre dann wahrscheinlich nicht sehr effizient gewesen -, sondern auch über viele andere Dinge, aber u. a. auch über das Sammeldekret.

Ich habe mir sehr wohl angehört, was die Menschen an der Basis dazu zu sagen hatten. So haben wir beispielsweise nicht ohne Grund die Berechnungsgrundlage für Wartegehälter bei Vorruhestandsregelungen hier im Parlament noch einmal entsprechend angepasst. Wir konnten nicht auf alles eingehen, was dort gesagt wurde, weil wir die Probleme an ihren Wurzeln bekämpfen wollen und weil wir Margen für die Zukunft und die Gestaltung einer wirklich qualitätsorientierten Bildungsreform entwickeln wollen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube denjenigen dafür danken zu dürfen, die angedeutet haben, dass sie diesem Dekretentwurf zustimmen werden. Ich bin enttäuscht, aber nicht überrascht über die Widersprüchlichkeit in den Aussagen, Taten und Abstimmungen der CSP und bin davon überzeugt, dass wir mit Herrn Niessen keinen Dissens, sondern einen Konsens finden werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der PJU/PDB, SP und PFF)